

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Rates der Stadt Aachen

Sitzungstermin: Mittwoch, 07.05.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:18 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Bemerkung

Sibylle Keupen

Gremienmitglieder

Name

Bemerkung

Norbert Plum

Hilde Scheidt

Christoph Allemand

Harald Baal

Relindis Becker

Sebastian Becker

Ellen Begolli

Silke Bergs

Marc Beus

Peter Blum

Jörg Bogoczek

Franca Braun

Gaby Breuer

Dr. Sebastian Breuer

Julia Brinner

Andrea Derichs

Hans Leo Deumens

Birdal Dolan

Achim Ferrari

Dr. Anja Fitter

Annika Fohn

ab 17:39 Uhr

Ulla Griepentrog

Daniel Hecker

Wilhelm Helg

Name	Bemerkung
Johannes Hucke	
Klaus-Dieter Jacoby	
Hans Peter Kehr	
Holger Kienes	
Nathalie Koentges	
Boris Linden	
Lars Lübben	
Iris Lürken	
Markus Mohr	
Sigrid Moselage	
Kaj Neumann	
Dr. Julia Oidtmann	
Daniela Parting	
Hermann Josef Pilgram	
Karin Schmitt-Promny	ab 17:50 Uhr
Michael Servos	
Jöran Stettner	
Dirk Szagunn	
Tobias Benedikt Tillmann	
Jakob von Thenen	
Noah Wagner	
Renate Wallraff	
Monika Annette Wenzel	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Britta Hommelsheim	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Dr. Margrethe Schmeer	entschuldigt
Mathias Dopatka	entschuldigt
Elke Eschweiler	entschuldigt
Wilfried Fischer	entschuldigt
Doris Kurschilgen	entschuldigt
Tobias Molitor	entschuldigt
Wolfgang Palm	entschuldigt
Hildegard Pitz	nicht anwesend
Carsten Schaadt	entschuldigt
Peter Tillmanns	entschuldigt
Dr. Heike Wolf	entschuldigt

Gäste:
Keine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.03.2025 (öffentlicher Teil)	
4	Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele Rhein-Ruhr	Dez V/0052/WP18
5	Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2025/26 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen	E 46/47/0108/WP18
6	Vorläufiger Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2026/27 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen	E 46/47/0109/WP18
7	Anpassung der Wertgrenzen für Direktaufträge bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen	FB 14/0297/WP18
8	Anfragen:	
8.1	Ratsanfragen	
8.2	Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen	
9	Ratsanträge	FB 01/0675/WP18
10	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:	
10.1	Besetzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung - Wahl sachkundiger Einwohner*innen	FB 45 n/0013/WP18
10.2	Besetzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie; hier: Wahl sachkundiger Einwohner*innen	FB 56/0602/WP18
10.3	Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 06.05.2025	FB 01/0681/WP18
10.4	Umbesetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 06.05.2025	FB 01/0682/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
11	Mitteilungen der Verwaltung	
12	Anpassung des Gesellschaftsvertrages der GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH an Änderungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen	FB 20/0347/WP18

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Im Folgenden erheben sich die Anwesenden zu einer Gedenkminute für die verstorbene, ehemalige Ratsfrau Eleonore Keller.

Entschuldigt für heute seien Ratsherr Dopatka (SPD), Ratsfrau Eschweiler (CDU), Ratsherr Fischer (GRÜNE), Ratsfrau Kurschilgen (GRÜNE), Ratsherr Molitor (Die PARTEI), Ratsherr Palm (AfD), Ratsherr Schaadt (GRÜNE), Ratsherr Tillmanns (CDU) und Ratsfrau Dr. Wolf (SPD). Ratsfrau Schmitt-Promny (GRÜNE) werde später zur Sitzung kommen.

Weiterhin sei Ratsfrau Dr. Schmeer (CDU) für die heutige Ratssitzung entschuldigt, da sie die Stadt Aachen bei der Gedenkveranstaltung „80. Jahrestag der Kapitulation der Nazis“ in Reims vertrete. Den morgigen Tag, an dem sich das Kriegsende zum 80. Male jährt, möchte Oberbürgermeisterin Keupen zum Anlass nehmen, um an dieses wichtige, historische Datum zu erinnern. Am 21. Oktober 1944 kapitulierte Aachen als erste deutsche Großstadt im Zweiten Weltkrieg. Diese Kapitulation markierte das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und den Anfang eines historischen Neubeginns. Heute, 80 Jahre später, sei Aachen eine Stadt des Friedens, der Kultur, der Verständigung und mit einer tiefen Freundschaft zu den europäischen Nachbar*innen. Heute feiere man 80 Jahren Frieden und das Zusammenwachsen in Freundschaft und Vertrauen. Ein lebendiger Beweis dafür, dass Versöhnung gelingen kann. Doch man wisse auch, dass der Frieden und die Demokratie, die wir heute genießen, keine Selbstverständlichkeit ist, sondern ein wertvolles Gut, das geschützt und verteidigt werden muss. In der Erinnerung an die Vergangenheit liege die Verantwortung für jeden Einzelnen darin, die Demokratie als Geschenk anzunehmen und dafür einzustehen. Denn in einer Welt, in der die demokratischen Werte zunehmend in Frage gestellt werden, müsse man sich einsetzen für ein Europa, das geeint ist im Streben nach Frieden und das auf Toleranz und Menschlichkeit setzt. Dieser historische Gedenktag stärke uns in unserem Bestreben nach Demokratie und Freiheit als Grundlage für unser tägliches Leben. Im Folgenden möchte sie einen Film zum Freiheitsgedanken der Aachener Bürger*innen präsentieren, der auch bereits anlässlich der Gedenkfeier am 13.10.2024 im Krönungssaal gezeigt wurde.

Nach der kurzen Filmvorführung kehrt Oberbürgermeisterin Keupen zurück zur formellen Tagesordnung. Als Stimmzähler*in sollen sich Ratsfrau Wenzel (GRÜNE) und Ratsherr Baal (CDU) bereithalten.

Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Frage 1:

Herr S. erkundigt sich nach dem verfallenen und seit mindestens zwanzig Jahren unbewohnten und unbewohnbaren Haus in der Jakobstraße 95. Um das Auseinanderbrechen des Gebäudes zu verhindern, werde es bereits seit längerer Zeit durch Holzbalken und Queranker abgestützt. Aus seiner Sicht stelle dies nicht nur einen Schandfleck für die Jakobstraße, sondern auch ein Risiko für die öffentliche Sicherheit, sowohl aus baustatischer als auch aus hygienischer Sicht, dar. Ein Foto des Gebäudes habe er dem Verwaltungsvorstand vorab ausgehändigt. Er möchte von der Verwaltung wissen, warum es bislang nicht gelungen sei, die Satzung der Stadt

Oberbürgermeisterin Keupen dankt für die Frage. Bevor sie diese zur Beantwortung an die zuständige Rechtsdezernentin Frau Grehling und die Baudezernentin Frau Burgdorff weitergibt, führt sie aus, dass sich die Anwendung des Grundrechtes „Eigentum verpflichtet“ nicht einfach gestalte, da auch das Eigentum einem hohen Schutz unterliege. Hinsichtlich einer möglichen Gefahr durch das Gebäude für Passantinnen und Passanten könne die Verwaltung eine Prüfung aus baurechtlicher Sicht vornehmen und den Fragesteller über die weiteren Entwicklungen informieren.

Beigeordnete Burgdorff berichtet, dass die Verwaltung das Objekt auf Hinweis von Rats Herrn Beus bereits vor rund 1,5 Jahren einer Prüfung unterzogen habe. Zu diesem Zeitpunkt sei von dem Gebäude keine Gefahr ausgegangen, die ein Eingreifen erfordert bzw. rechtfertigt hätte. Gerne werde die Verwaltung begutachten, ob sich die Lage zwischenzeitlich maßgeblich verändert habe. Im Weiteren stimme sie den Ausführungen von Stadtdirektorin Grehling zu und betont, dass für ein einzelnes Objekt keine Sanierungssatzung erlassen werden könne und das Zugriffsrecht auf private Immobilien sehr eingeschränkt sei.

Frau M. richtet ihr Wort an Oberbürgermeisterin Keupen in ihrer Funktion als oberste Dienstherrin und Weisungsbefugte für die Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen in der Stadt Aachen und der Städteregion Aachen. Im Folgenden schildert sie ihren dringenden Verdacht auf Amtsmissbrauch gegenüber sozial schwächeren Personen. Diese Personen werden aus ihrer Sicht durch vorsätzliche Falschaussagen, falsche Verdächtigungen und übler Nachrede in existenziellen Notstand gebracht oder sogar selber gefährdet. Sie bittet Oberbürgermeisterin Keupen um einen Gesprächstermin in der kommenden Woche, bei dem sie die notwendigen Beweise für diesen Missstand vorlegen werde.

Oberbürgermeisterin Keupen antwortet, dass die Mitarbeiter*innen der entsprechenden Fachverwaltung in der Vergangenheit bereits mit der Fragestellerin in den Dialog gegangen seien, der Verwaltung bislang allerdings keine schriftliche Darlegung der Vorwürfe vorliege, die ein Handeln ermögliche. Sie sagt zu, dass sie der Fragestellerin innerhalb der nächsten drei Wochen einen Gesprächstermin einräumen könne und bittet hierbei um die Vorlage einer schriftlichen Ausführung der Vorwürfe. Abschließend betont sie, dass sie Dienstherrin der Mitarbeiter*innen der Stadt Aachen, allerdings nicht der StädteRegion Aachen sei und die Fragestellerin sich hierzu an den Städteregionsrat wenden müsse.

Frau M. führt aus, dass sie sich in der Vergangenheit hinsichtlich einer anderen Thematik, nämlich dem Thema Gewaltopfer, an Oberbürgermeisterin Keupen gewandt habe. Zu dem heute vorgetragenen Thema des Amtsmissbrauches durch Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen bitte sie zeitnah um eine Terminvereinbarung.

Oberbürgermeisterin Keupen bestätigt, dass ihr Büro sich zeitnah für eine Terminvereinbarung mit der Fragestellerin in Verbindung setzen werde.

**Zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.03.2025 (öffentlicher Teil)
 ungeändert beschlossen**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 12.03.2025 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 4 Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele Rhein-Ruhr
 ungeändert beschlossen
 Dez V/0052/WP18**

Ratsherr Allemand (DIE Zukunft) informiert darüber, dass innerhalb der Fraktion DIE Zukunft unterschiedliche Auffassungen und Bewertungen zu dieser Angelegenheit bestehen. Volt sehe durchaus den Nachhaltigkeitsaspekt von vorhandenen Spielstätten, habe jedoch auch Schwierigkeiten mit dem Aspekt des Tierwohls. Die UWG Aachen erachte generell jede Form von Pferdesport als Tierquälerei. Aus diesem Grunde könne keine Zustimmung erfolgen.

Ratsherr Deumens (Die Linke) teilt mit, dass die Fraktion Die Linke sich in der heutigen Sitzung erneut gegen die Bewerbung aussprechen werde. Laut den Ausführungen in der Vorlage seien die Olympischen Spiele eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Themen wie vernetzte Mobilität, Digitalisierung, Förderung des Sports und Inklusion auf den Weg gebracht werden. Aus seiner Sicht müsse es jedoch möglich sein, diese für die Gesellschaft so wichtigen Themen auch ohne die Olympischen Spiele anzustoßen, abgesehen von den Kosten, die zu einem späteren Zeitpunkt evaluiert und ermittelt werden sollen. Weiterhin werde in der Vorlage mehrfach das Thema Nachhaltigkeit angesprochen, das aus seiner Sicht nicht mit einem Sponsoring durch große Konzerne in Zusammenhang gebracht werden könne. Ferner führt er aus, dass in der Vorlage auf die Spiele in Paris im Jahre 2024 und deren Bedeutung für das friedliche Miteinander der Nationen und speziell auch für die europäische Wertegemeinschaft verwiesen werde. Er frage sich, ob die Spiele in Paris wirklich etwas bewirkt hätten, denn seines Erachtens habe sich seit dem letzten Herbst das friedliche Miteinander nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert. Hierzu nennt er im Folgenden einige Beispiele. Mit Blick auf die Sportlerinnen und Sportler mit oder ohne Handicap und angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung der Olympischen Spiele sei es in der heutigen Zeit wichtig, dass Sportwettkämpfe entwickelt werden, in denen sich die Sportlerinnen und Sportler auch entwickeln können, und zwar bei ehrlichen Spielen und nicht bei Olympischen Spielen. Abschließend verweist er auf die Schäden, die solche Spiele der Umwelt zufügen und betont, dass die Fraktion Die Linke auch keine Spiele unterstützen könne, die von einem korrupten IOC durchgeführt werden.

Ratsherr Dr. Breuer (GRÜNE) bezieht sich auf den Wortbeitrag seines Vorredners und führt aus, dass er viele der durch Ratsherrn Deumens vorgebrachten Aspekte nicht nachvollziehen könne. Auch wenn es aktuell vielleicht schwerfalle, an ein gemeinschaftliches Miteinander zu glauben, so solle der Sport doch insbesondere in der jetzigen Zeit als ein verbindendes Element genutzt werden und zwar gemeinschaftlich über alle Länder und Konflikte hinweg. Aus seiner Sicht sei es genau der falsche Weg, in der jetzigen Situation die Olympischen Spiele über Bord zu werfen. Hinsichtlich der Ausführungen zu einem korrupten IOC und korrupten Sponsoren weist er darauf hin, dass aktuell eine Bewerbung für die Jahre 2036 oder 2040 diskutiert werde und somit noch ein langer Weg bevorstehe. Zum Thema Inklusion führt er aus, dass Aachen sich bekannterweise für den Pferdesport bewerbe und mit Blick auf die deutsche Sportlandschaft gebe es keine geeignetere Stelle als die Aachener Soers, um Reitsport mit Parareitsport zu verbinden. Weiterhin sei der Nachhaltigkeitsaspekt für die Stadt Aachen besonders hervorzuheben, so dass zusammengefasst aus seiner Sicht alles dafür spreche, die Bewerbung zu unterstützen. Die GRÜNE-Fraktion werde somit dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ratsherr Servos (SPD) teilt mit, dass die SPD-Fraktion die Bewerbung für die Olympischen Spiele ausdrücklich befürworte. Er betont, dass die Ausrichtung der Spiele von großer Bedeutung sei für die Belebung der Stadt, die Marke, die Bekanntheit und den Standortfaktor. Auch der Aspekt der Nachhaltigkeit müsse besonders hervorgehoben werden, denn hierfür können die Olympischen Spiele als Katalysator dienen. Abschließend möchte er

klarstellen, dass man nicht zulassen dürfe, dass die Spiele in Zukunft nur noch von nicht-demokratischen Staaten ausgerichtet werden. Auch vor diesem Hintergrund müsse man als Stadt ein Zeichen setzen und die Bewerbung unterstützen.

Ratsherr Baal (CDU) weist darauf hin, dass in den vergangenen 20 Jahren fortlaufend über das Thema beraten worden sei. Gemeinsam mit dem Rhein-Ruhr-Bereich und Düsseldorf habe man sich für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 beworben und sei in der nationalen Vorentscheidung bedauerlicherweise gescheitert. Er bestätigt, dass man gegenüber den Olympischen Spielen skeptisch sein könne und dass die Spiele einen kommerziellen Charakter haben. Man müsse aber auch hinterfragen, ob man nicht den Mut aufbringen möchte, eigene Ideen und Veränderungen mitzubringen. Dies könne man nur durch eine qualifizierte Bewerbung erreichen. Bereits durch die zurückliegende Bewerbung sei ein Prozess in Gang gesetzt worden, der zu Veränderungen geführt habe. Und auch die gesamte Diskussion um diese Thematik stärke die Stadt Aachen und den Sport in der Stadt. So wäre aus seiner Sicht ein Projekt wie der Sportpark Soers ohne diesen Prozess nicht denkbar gewesen. Der Prozess schaffe Veränderungen und dies brauche man in Aachen. Alle Kritikpunkte, das Einbinden von Behindertensport, eine mögliche Zusammenführung von Paralympischen Spielen und Olympischen Spielen könne man nur vorbringen, wenn man in die Bewerbungsphase einsteige. Aachen habe bereits vielfache Erfahrungen aus anderen Verfahren, die man für das gemeinsame Projekt nutzen solle.

Ratsherr Mohr (AfD) berichtet, dass er die Initiative und die Idee für die Bewerbung begrüße. Die damit verbundenen Standortvorteile für Aachen seien offensichtlich. Aachen verfüge auch über eine interessante Infrastruktur, die man mit einbringen könne. Weiterhin bezieht er sich auf den Wortbeitrag von Ratsherrn Deumens, der stets betone, dass Aachen ein Leuchtturm sein müsse für den Klimaschutz. Die Ausrichtung der Olympischen Spiele sei eine gute Möglichkeit, damit Aachen gesehen werde und eine größere Wahrnehmung erhalte. Diese Chance sollte man nicht ungenutzt lassen. Sollte Aachen den Zuschlag erhalten, erhoffe er sich, dass der Tourismus in Aachen davon profitiere, dass der Sport einen weiteren Auftrieb bekomme, dass das Thema Ehrenamt im Sport noch mehr wahrgenommen werde, dass der Breitensport noch stärker gefördert und auch der paralympische Sport noch stärker in den Blick gerückt werde.

Ratsherr Helg (FDP) teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion die Initiative für eine Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele mit Beteiligung der Stadt Aachen unterstütze. In diesem Zusammenhang möchte er daran erinnern, wie beispielsweise die belgische Nachbarstadt Lüttich von der Vergabe der Fußball-Europameisterschaft im Jahre 2000 profitiert habe. So sei die Stadt mit einem früheren negativen Image heute eine pulsierende und hübsche europäische Metropole.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen begrüßt die Initiative des Deutschen Olympischen Sportbundes eine Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele zu prüfen. Er bittet die Verwaltung, eine Bewerbung für die Region Rhein Ruhr weiterhin positiv zu begleiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 5 Gegenstimmen

Zu 5 Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2025/26 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen ungeändert beschlossen E 46/47/0108/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen stellt auf Empfehlung des Betriebsausschusses Kultur und Theater den Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2025/26 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen fest.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 4 Gegenstimmen

Zu 6 Vorläufiger Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2026/27 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen
ungeändert beschlossen
E 46/47/0109/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen stellt auf Empfehlung des Betriebsausschusses Kultur und Theater den vorläufigen Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2026/27 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen fest.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 4 Gegenstimmen

Zu 7 Anpassung der Wertgrenzen für Direktaufträge bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
ungeändert beschlossen
FB 14/0297/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen erläutert, dass die Anpassung der Wertgrenzen einen wichtigen Beitrag für die Beschleunigung der Prozesse und die Entbürokratisierung innerhalb der Stadtverwaltung darstelle, da insbesondere die kleineren Vergaben mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden seien. Die Verwaltung habe sich in dem Verfahren an den Empfehlungen des Landes orientiert und einen entsprechenden Beschlussvorschlag formuliert, der im Finanzausschuss, im Rechnungsprüfungsausschuss sowie im Hauptausschuss dahingehend verändert worden sei, dass die Verwaltung beauftragt werde, Vergaben im Bereich von 15.000€ - 25.000€ zusätzlich den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. Nach einem Jahr solle eine Evaluation erfolgen. Die Stadt Aachen sei eine wichtige Wirtschaftskraft in Aachen und strebe somit an, ihre Arbeitskraft verstärkt für große Vergabeverfahren einzubringen, wobei sie im Rahmen der kleineren Vergabeverfahren weiterhin ihrer Aufsicht und Verantwortung gerecht werde.

Ratsherr Wagner (DIE Zukunft) meldet sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses zu Wort und führt aus, dass man sich in der Debatte im Fachausschuss insbesondere auf die Kompensationsmaßnahmen bezogen habe und erfreulicherweise eine Einschätzung vom Rechnungsprüfungsamt vorliege, dass dies alles sinnvoll darstellbar sei. Der Ausschuss habe den Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt, dass er dem Rat die explizite Empfehlung ausspreche, die Rechnungsprüfungsordnung und die Dienstanweisung entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Anpassung der Wertgrenzen für Direktaufträge bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zur Kenntnis

und beschließt

die Anpassung der Wertgrenzen gemäß 1., 2. und 3.,
die Anpassung der entsprechenden Regelwerke nach 4.,
das Aufsetzen eines Schulungs- und Maßnahmenpakets nach 5. und
die beigefügte Version der Rechnungsprüfungsordnung (RPO).

Er erlässt die Dienstanweisung für den Fachbereich Rechnungsprüfung gemäß § 9 Abs. 1 Rechnungsprüfungsordnung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 8 Anfragen:

Zu 8.1 Ratsanfragen

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da keine neuen Ratsanfragen eingereicht wurden.

Zu 8.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da keine neuen Stellungnahmen durch die Verwaltung vorzulegen sind.

Zu 9 Ratsanträge
ungeändert beschlossen
FB 01/0675/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 5 neue Ratsanträge, die fristgerecht eingereicht und versandt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 10 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:

Zu 10.1 Besetzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung - Wahl sachkundiger Einwohner*innen

**ungeändert beschlossen
FB 45 n/0013/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat bestellt Herrn Volker Hansen als stellvertretenden sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 10.2 Besetzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie;
hier: Wahl sachkundiger Einwohner*innen**

**ungeändert beschlossen
FB 56/0602/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt bestellt in der 18. Wahlperiode in den Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie:

1. Herrn Sven Werny als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege zum sachkundigen Einwohner und
2. Herrn Axel Fielen als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege zum stellvertretenden sachkundigen Einwohner.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10.3 Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 06.05.2025

**ungeändert beschlossen
FB 01/0681/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der GRÜNE-Fraktion mit Schreiben vom 06.05.2025 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 10.4 Umbesetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 06.05.2025
 ungeändert beschlossen
 FB 01/0682/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der Fraktion DIE LINKE mit Schreiben vom 06.05.2025 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

**Zu 12 Anpassung des Gesellschaftsvertrages der GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städte-
 Region Aachen mbH an Änderungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-
 Westfalen
 ungeändert beschlossen
 FB 20/0347/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der in der Vorlage genannten Anpassung des Gesellschaftsvertrages der GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH zu.

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, Änderungen in Form redaktioneller oder unwesentlicher Korrekturen sowie Änderungen, die von der Bezirksregierung im Rahmen des Anzeigeverfahrens veranlasst werden, vorzunehmen.

Die Beschlussumsetzung steht unter dem Vorbehalt eines positiv abgeschlossenen Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Köln gemäß § 115 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Britta Hommelsheim
Schriftführerin